

tionalsozialistischen Organisation, abgeschlossen. In der Folge wurde 1952 die Ausbürgerungsregelung im Bürgerrechtsgesetz übernommen, «ohne Bedenken» bei Doppelbürgern, wie es in der Botschaft heisst. Stehen wir wegen der IS-Kämpfer, die man hier nicht haben will, nun vor einer Wiedergeburt der Ausbürgerung?

Ausbürgerungswetlauf

Staatsrechtler Moeckli geht nicht davon aus, dass die Ausbürgerungen dramatisch zunehmen werden: «Das SEM wird sich wohl mit einer Handvoll Fälle befassen.» Und doch sei gerade mit Blick auf die Dschihadisten die Verordnung über das Schweizer Bürgerrecht im Jahr 2016 verabschiedet worden. Die Bürgerrechtsverordnung ermöglicht es, Straftäter auszubürgern, die ein schweres Verbrechen im Rahmen von terroristischen Aktivitäten oder gewalttätigem Extremismus begangen haben und entsprechend verurteilt worden sind. «Die Schweiz kann sogar IS-Kämpfer ohne Urteil ausbürgern, wenn sie sich in einem Staat befinden, in dem kein Verfahren möglich ist. Das könnte in Syrien oder im Irak der Fall sein», so Moeckli.

Ausbürgerungen sind nach Auffassung von Moeckli zwar eine «einfache Entledigung eines Problems», denn ohne Schweizer Pass sei eine Rückkehr unwahrscheinlich. Der Ruf nach Ausbürgerung komme reflexartig, wenn es sich um Doppelbürger mit terroristischem Hintergrund handle. Moeckli hält es aber für bedenklich, dass zusätzlich zum Sieg der Kurden über den IS erwartet werde, dass rechtsstaatlich korrekte und aufwendige Strafverfahren gegen IS-Kämpfer durchgeführt werden. «Das geht nicht auf.» Zwar sei die Schweiz nicht wie andere Länder im grossen Stil betroffen. Die Abwehr der europäischen Staaten zeige aber, dass sich ein Ausbürgerungswetlauf ergeben könnte: «Wer schneller entzieht, entgeht dem Problem.»

Wohin mit den schwarzen Schafen?

Trump hat mit seiner Forderung einen Nerv getroffen. Auch in der Schweiz, wo die Gelegenheit noch zu reden geben dürfte. Tatsächlich ist die Lösung des Problems nicht einfach. IS-Kämpfer mit doppeltem Bürgerrecht auszubürgern, wäre nach der Bürgerrechtsverordnung zwar angebracht. Klar ist aber, dass das Problem damit einfach auf andere Staaten abgeschoben würde.

Und was passiert mit jenen Dschihadisten, die einzig das Schweizer Bürgerrecht besitzen? Sie in Syrien zu lassen, wäre fragwürdig – dass sie dort einen fairen Prozess erwarten dürften, ist keineswegs sicher. Auch kann man es als scheinheilig ansehen, wenn die Schweiz kriminelle Ausländer in deren Herkunftsländer ausschafft, von ihren eigenen schwarzen Schafen aber nichts mehr wissen will. ○

Wirtschaft

Geschenk von oben

Der Klimawandel bietet Behörden neue Eingriffsmöglichkeiten. Sozialistische Politiker und NGOs sind begeistert.

Von *Silvio Borner*

Die politische und die mediale Welt scheint besonders in der reichen Schweiz von einer Klimahysterie beherrscht zu werden. Wie konnte es so weit kommen? Ausschliessen können wir eine Spontanbewegung von unten, haben doch die Jugendlichen den langen Sommer sehr genossen. Wenn sie nun im Winter gegen die Erwärmung protestieren, beruht das primär auf dem «Stupsen» von grün-roten Lehrern, Jungsozialisten und NGOs. Wahltaktisch geschickt hat der Basler Grosse Rat zudem zur Freude der Jugendlichen auf der Tribüne über Klimanotstand und Klimanotfall debattiert. Und aus Schulklassen tönt es: Maturareise per Bahn statt per Flugzeug.

Der Druck kommt von oben, und zwar von ganz oben, nämlich von der Uno, die seit Jahren den grossen Herausforderungen für die Zukunft der Weltbevölkerung hilf- und tatenlos gegenübersteht. Seien es Kriege, Machtkämpfe, Terror, Unterdrückung, Verfolgung, Korruption – Erfolge fehlen. Das gilt auch mit Blick auf die Bevölkerungsexplosion. Die Anzahl Füsse ist mindestens so wichtig wie der Fussabdruck. Da kommt der Klimawandel wie gerufen. Er ist ein echt globales Phänomen und eine erstklassige Gelegenheit für die Uno, sich weiter in Richtung Weltregierung vorzuarbeiten.

Jetzt kann man das sündhafte Atmosphärengift CO₂ vor alle anderen Krisen, von Armut bis Krieg, setzen. CO₂ ist wie die radioaktive Strahlung weder sichtbar noch riechbar und eignet sich bestens als Sündenbock für quasireligiöse Kampagnen. Das Höllen-Desaster liegt nicht im Jenseits, sondern im Diesseits des nächsten Jahrhunderts. Das Ziel, die Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, kann nämlich erst im 22. Jahrhundert erreicht werden – oder eben nicht. Die Rettung des Planeten, bezogen auf eine, politisch betrachtet, sehr ferne Zukunft, verleitet zu Jahrhundertfehlern.

Jahrhundertchance

Das völlig unverbindliche und wirkungslose Pariser Abkommen wird so zum irdischen Wunder erklärt, das der Uno eine Art Weltherrschaft und den nationalen Regierungen Vollzugsgewalt verspricht. Dabei könnte man das viel nüchterner sehen. Sollte die Temperatur tatsächlich empfindlich steigen, kämen unvergleichlich billigere Methoden zur Klimasteuerung in Betracht, beispielsweise künstlich erzeugte Wolken. Jetzt einen Klimanotstand für das 21. Jahrhundert auszurufen und die Welt in ein Energiedesaster zu stürzen, ist nicht nur

hysterisch, sondern zynisch. Der Klimaprophet Professor Thomas Stocker verkündet die radikale Beseitigung von CO₂-Emissionen auch gleich noch als Jahrhundertchance für die Wirtschaft.

Mit einigen Ausnahmen machen die meisten Länder schuldbewusst bis freudig mit. Indien und China dürfen ihren Ausstoss noch bis 2030 vergrössern. Den ärmsten Entwicklungsländern werden jährlich hundert Milliarden Dollar Abgeltung versprochen. Die Amerikaner sind schon offiziell ausgestiegen, und die Australier gehen eigene Wege. Aber warum ist man gerade in der Schweiz so eifrig bei der Sache?

Die Antwort: Für marktfeindliche Gruppen wie linke oder grüne Parteien sowie NGOs ist das ein Geschenk – nicht vom Himmel, aber immerhin von der Uno. All die gleichgefärbten Bürokraten der internationalen Organisationen verbünden sich mit ihren Kollegen in Bundesämtern. Hinzu gesellen sich kollektivistisch gesinnte Mitläufer aus dem Bürgertum. Heute haben es die Öko-Sozialisten viel leichter als früher, weil es ja um die Existenz unserer Kinder und Enkel geht und wir uns schuldbewusst geben können, ohne den Preis bezahlen zu müssen. Ein vom Parlament kürzlich abgelehnter unsinniger Schweizer Alleingang in weltrekordverdächtig hoher CO₂-Besteuerung wird jetzt mit dem Support der einmal mehr kippenden FDP wiederbelebt. Lenkungsabgaben werden als Zukunftsinvestition begrüsst, dabei werden sie irgendwann in Subventionen für Sonderinteressen umgemünzt. Das Forcieren von Solar- und Windenergie sowie der Nuklearausstieg fördern in diesem Jahrhundert paradoxerweise das Gas.

Schon die sozialistische Planwirtschaft hatte gerade bei Menschen mit höherer Bildung viele Anhänger. Erst das Versagen bei der Umsetzung und der Niedergang nach zwei bis drei Generationen führten zur Abkehr davon. So weit ist es heute im modernen Öko-Sozialismus noch nicht, zumal staatliche Bürokratien und wissenschaftliche Propaganda die Medien und die Volksstimmung dominieren. Anzeichen der Ernüchterung gibt es jedoch. Im Musterland für opferbereite Klimahysterie hat das Berner Stimmvolk kürzlich ein unsoziales und ineffizientes Energiepaket abgelehnt. Wenn Wunschträume sich als falsch erweisen und die Portemonnaies der breiten Bevölkerung leeren, sind Illusionen schnell vom Tisch, allerdings sind die Täter dann auch schon von der Bühne verschwunden.